



17.007

Voranschlag 2017. Nachträge I und Ia

Budget 2017. Suppléments I et Ia

Différences – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.05.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 31.05.17 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 31.05.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 31.05.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.06.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.06.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.06.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.06.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.06.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.06.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Behörden und Gerichte – Autorités et tribunaux

110 Bundesanwaltschaft

110 Ministère public de la Confédération

Antrag der Kommission

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Festhalten

Proposition de la commission

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Maintenir

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Es bestehen beim Nachtrag I noch zwei Differenzen zum Nationalrat, und zwar einerseits bei der Bundesanwaltschaft und andererseits beim Nachtragskredit der Steuerverwaltung für Fiscal-IT. Bei beiden Differenzen empfiehlt Ihnen Ihre Finanzkommission einstimmig, an unserem Entscheid festzuhalten. Ich gehe jetzt bei beiden etwas in die Details und nehme an, dass wir getrennt darüber abstimmen.

Ich komme zuerst zum Nachtragskredit für die Bundesanwaltschaft. Dort ist es so, dass die Bundesanwaltschaft ihre Personalkosten, bevor das Budget vorlag, überdeutlich gekürzt hat. Jetzt wurde nochmals im Rahmen von 700 000 Franken gekürzt. Das geht nun bei der Bundesanwaltschaft substanziell an die Qualität der Arbeit. Die Subkommission 1 Ihrer Finanzkommission unter dem Präsidium von Brigitte Häberli-Koller hat diese Frage sehr genau geprüft und hat schon im Plenum der Finanzkommission beantragt, diesen Nachtragskredit von rund 700 000 Franken gutzuheissen. Das habe ich Ihnen dann auch hier beantragt. Es geht wirklich um ein Kernelement unseres Staates, nämlich um eine funktionierende Bundesanwaltschaft. Diese arbeitet, auch gemäss den genauen Abklärungen unserer Subkommission, sehr effizient und handelt hinsichtlich der Bundesausgaben sehr bewusst.

Wir beantragen Ihnen einstimmig, an unserer Position festzuhalten und diesem Nachtrag nochmals zuzustimmen.



Müller Philipp (RL, AG): Darüber haben wir hier in diesem Saal bereits einmal abgestimmt. Am 30. Mai haben Sie hier im Ständerat diesem Nachtragskredit einstimmig zugestimmt. Der Nationalrat hat diesen am 31. Mai abgelehnt. Das ist eine der beiden Differenzen, welche die Finanzkommissionspräsidentin erwähnt hat. Ich kann Ihnen an und für sich nichts Neues erzählen, nur das, was ich schon am 30. Mai hier vorgetragen habe. Ich glaube, es ist sozusagen das falsche Übungsobjekt, wenn man jetzt die Bundesanwaltschaft dafür bestraft, dass sie eben – vorausseilend sozusagen – in den Jahren 2013/14 ihre

AB 2017 S 400 / BO 2017 E 400

Hausaufgaben gemacht und entsprechende Sparmassnahmen eingeleitet hat, Sparmassnahmen, die der Bund erst in den Jahren 2015/16 zu beschliessen und durchzuziehen und umzusetzen angefangen hat. Aus dieser Überlegung – das war meine Argumentation, und sie gilt immer noch, es gibt keine neuen Erkenntnisse – war es für uns in der einstimmigen Kommission, wie von der Präsidentin gesagt, eigentlich klar, dass wir diesen Nachtragskredit in einem Kerngeschäft des Staates, nämlich Justiz und Sicherheit, bewilligen sollten. Hier sollten wir nicht eine untaugliche Sparübung machen, die allenfalls zulasten der Budgetsituation im Jahr 2018, insbesondere zulasten des Personals, geht.

In diesem Sinne beantrage ich Festhalten an unserem Beschluss vom vergangenen 30. Mai.

Angenommen – Adopté

Finanzdepartement – Département des finances

605 Eidgenössische Steuerverwaltung

605 Administration fédérale des contributions

Antrag der Kommission

V0231.00/A202.0118/A200.0001 Fiscal-IT

Festhalten

Proposition de la commission

V0231.00/A202.0118/A200.0001 Fiscal-IT

Maintenir

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Es handelt sich hier um einen Nachtrag von 10 Millionen Franken zuhanden der Eidgenössischen Steuerverwaltung für ihr Programm Fiscal-IT. Es ist ein Programm, das jetzt in Richtung Konkretisierung geht. Darum und weil das Projekt sonst Gefahr läuft, sistiert zu werden, beantragt uns der Bundesrat, diese 10 Millionen Franken zu sprechen. Die Befürchtung ist gross, dass es später, falls wir sie jetzt nicht sprechen würden, eigentlich mehr kosten würde als das, was geplant ist. Sie haben auch diesem Nachtragskredit letzte Woche in unserer Debatte über den Nachtrag einstimmig zugestimmt.

Ich möchte Ihnen im Namen der Finanzkommission, die einstimmig an ihrem Antrag festgehalten hat, beantragen, diesem Nachtrag von 10 Millionen Franken zuzustimmen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich bitte Sie, hier Ihrer Kommission zu folgen. Ich habe Sie letztes Mal über diesen Nachtragskredit informiert. Wenn Sie diesen nicht bewilligen und wenn das Projekt gut vorankommt, besteht die Gefahr, dass es gegen Ende Jahr eine Delle gibt, weil wir die Mittel nicht haben werden, um zusätzliche Verpflichtungen einzugehen. Wir stehen zeitlich ohnehin unter Druck, weil wir die insgesamt 29 Teilprojekte, die Fiscal-IT beinhaltet, per Ende 2018 abschliessen möchten. Das heisst, wir müssen diese Aufträge kontinuierlich weiter vergeben können. Ohne diesen Kredit besteht eine gewisse Gefahr, dass wir gegen Ende Jahr das Projekt verlangsamen oder gar stoppen müssen. Dann wird es noch teurer und sicher nicht besser. Sie sparen also nichts, wenn Sie diesen Nachtragskredit nicht bewilligen.

Ich bitte Sie, Ihrer Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté



2. Bundesbeschluss über den Nachtrag I zum Voranschlag 2017
2. Arrêté fédéral concernant le supplément I au budget 2017

Art. 1, 2, 3 Bst. a

Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 1, 2, 3 let. a

Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté